

ROT: HEUTE

AUSGABE NR. 2 | SOMMER 2020

WWW.SP-D-FRAKTION-BREMEN.DE

KLARER KURS FÜR BREMENS ZUKUNFT

BÜRGERSCHAFT BESCHLIESST HAUSHALT UND BREMEN-FONDS

THEMEN

SEITEN 4 & 5: **HAUSHALT**

Finanzpolitiker Arno Gottschalk im Gespräch

SEITE 6 - 9: **HAUSHALT**

Schwerpunkte für 2020 und 2021

SEITE 12: **NACHBARSCHAFTSPREIS**

Ausgezeichnete Initiativen

Liebe Bremer*innen, liebe Bremerhavener*innen,

zwei Themen haben die politischen Debatten der vergangenen Monate bestimmt. Wir haben einen Haushalt beschlossen, der das Leben der Menschen spürbar verbessern wird. Und mit diesem Haushalt bekämpfen wir auch die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Corona-Pandemie.

Als die Corona-Pandemie Ende Februar in Deutschland ankam, standen wir auch in Bremen vor einer beispiellosen Situation. Wir mussten alles in unserer Macht stehende tun, um eine unkontrollierte Ausbreitung und damit auch die drohende Überlastung des Gesundheitssystems zu verhindern. Nur so konnten wir diejenigen schützen, die besonders vom Covid-19-Virus bedroht sind. Dies ist uns gelungen – auch durch das entschiedene und gleichzeitig besonnene Vorgehen des Senats und unseres Bürgermeisters Andreas Bovenschulte. Vor allem aber ist es uns gelungen, weil unsere Gesellschaft gezeigt hat, dass sie solidarisch ist. Und weil diejenigen, die im Gesundheitsbereich, im Supermarkt oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge arbeiten, in dieser Zeit Großartiges geleistet haben.

Klar ist: Die Pandemie ist noch nicht vorbei. Wir mussten und müssen lernen, mit ihr zu leben. Schrittweise konnten Beschränkungen gelockert und Schritte zurück in die Normalität gegangen werden. Aber klar ist auch: Die Corona-Pandemie

hat gravierende wirtschaftliche und soziale Auswirkungen. Diesen Folgen setzen wir auch in unserem Bundesland mit dem Bremen-Fonds etwas entgegen.

Der Fonds mit einem Volumen von 1,2 Milliarden Euro ist Teil des Haushalts für 2020 und 2021, den wir in den vergangenen Monaten beraten und für dieses Jahr auch schon beschlossen haben. Diese RotHeute-Ausgabe steht ganz im Zeichen dieses Haushalts, zu dem Sie auf den folgenden Seiten ausführliche Berichte finden.

Ich bin überzeugt: Dieser Haushalt setzt die richtigen Schwerpunkte, etwa in den Bereichen Kinder und Bildung, Wirtschaft und sozialer Zusammenhalt. Als SPD-Fraktion haben wir dabei besonders die Quartiere in den Blick genommen. Denn für uns gilt: Wir messen den Haushalt daran, was bei den Menschen vor Ort ankommt.

Ihr MUSTAFA GÜNGÖR
Vorsitzender
der SPD-Bürgerschaftsfraktion



Foto: Bremische Bürgerschaft

Die Bürgerschaftsabgeordneten zollten all jenen Respekt, die im Gesundheitsbereich, in Supermärkten oder in der öffentlichen Daseinsvorsorge Großartiges geleistet haben.

PARLAMENTSTICKER

Kurzarbeitergeld sozialer gestalten

Die Bürgerschaft hat sich für eine sozialere Ausgestaltung des Kurzarbeitergeldes ausgesprochen. Sie beschloss einen Antrag der rot-grün-roten Koalition, in dem der Senat aufgefordert wird, sich mit einer Bundesratsinitiative dafür einzusetzen, dass die Sätze für kleine und mittlere Einkommen angehoben werden. Auch sollen Arbeitnehmer*innen in Altersteilzeit an Kurzarbeit beteiligt werden können.

„Menschen, die Vollzeit gearbeitet haben und ganz plötzlich aufgrund von Covid-19 in Kurzarbeit geschickt wurden, dürfen wir in dieser schwierigen Phase nicht allein lassen“, sagte die arbeitsmarktpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Jasmina Heritani. „Darum wollen wir das Kurzarbeitergeld für Menschen mit geringem Einkommen erhöhen und ihnen die finanzielle Unterstützung geben, die sie jetzt brauchen.“

Ein Augenmerk müsse zudem auf Menschen in Altersteilzeit gelegt werden. Heritani sprach sich dagegen aus, dass gerade diese Menschen, die oftmals zur Risikogruppe gehörten, trotz der Gesundheitsgefahr weiterarbeiten müssten. „Auch die Menschen, die in Altersteilzeit sind, müssen daher das Recht auf Kurzarbeit haben“, sagte die Sozialdemokratin.

Aktionsplan Sport wird aufgestellt

Der Breiten- und der Leistungssport sollen in Bremen besser gefördert werden. Die Bürgerschaft hat auf Initiative der SPD-Fraktion einen Antrag der rot-grün-roten Koalition

beschlossen, in dem ein Aktionsplan Sport gefordert wird. Der Senat soll nun ein entsprechendes Konzept erstellen. Dieses Konzept, so fordert es die Bürgerschaft mit ihrem Beschluss, soll sowohl den Breiten-, als auch den Leistungssport umfassen und eine Perspektive über mehrere Jahre eröffnen. „Der Sport hat ein großes Potenzial für die Entwicklung einer positiven Gesellschaft und für die persönliche Entwicklung jedes Einzelnen“, sagte die sportpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Eva Quante-Brandt. „Und die Sportvereine spielen eine wichtige und besondere Rolle, nicht zuletzt durch ihre Verankerung in den Quartieren. Sie sind vor Ort Ansprechpartner für Kinder und Jugendliche sowie für ältere Menschen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Gesundheitsförderung, zur Inklusion und zur Integration. Hinter all dem steckt das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen als zentrale treibende Kraft. Für uns ist es daher wichtig, einen Aktionsplan aufzulegen und auf die Handlungsbedarfe sowohl im Breiten-, als auch im Leistungssport einzugehen.“

Pflegekräfte besser bezahlen

Beschäftigte in der Pflege sollen mehr Geld erhalten – und dies soll über einen flächendeckenden Tarifvertrag geschehen. Das hat die Bürgerschaft in einem Antrag beschlossen, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit Grünen und Linken eingebracht hatte. „Wir wollen ernst machen mit der gesellschaftlichen Anerkennung der Altenpflege, und zwar durch ihre Aufwertung mithilfe eines allgemeinverbindlichen Branchentarifvertrags“, erklärte die sozialpolitische Sprecherin

der SPD-Fraktion, Birgitt Pfeiffer, und betonte: „Was wir brauchen, ist ein umfassendes Gesamtpaket für die Altenpflege bundesweit. Das muss uns die Sorge um die Ältesten in unserer Gesellschaft auch wert sein.“

Blutspende ohne Diskriminierung

Alle, die Blut spenden wollen, sollen auch Blut spenden können, wenn keine konkreten gesundheitlichen Gründe oder ein konkretes gesundheitsgefährdendes Risikoverhalten dagegen sprechen. Diese Forderung hat die Bürgerschaft in einem Antrag beschlossen, den die SPD-Fraktion gemeinsam mit Grünen und Linken eingebracht hatte. Derzeit sei dies nicht der Fall, erklärte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sascha Aulepp. Denn im Transfusionsgesetz und der entsprechenden Richtlinie gebe es Kriterien, die nicht auf medizinischen Gründen oder persönlichem Risikoverhalten beruhten, sondern auf verfassungswidriger Diskriminierung. So würden etwa Männer, die Sex mit Männern haben, allein aufgrund ihrer sexuellen Orientierung von Blutspenden ausgeschlossen. Ebenso verwunderlich sei es, dass Trans*personen gesondert genannt würden. Dies soll sich ändern. „Es ist gut und richtig, dass nur die Menschen Blut spenden dürfen, die unter ärztlicher Verantwortung nach dem Stand der medizinischen Wissenschaft und Technik für tauglich befunden wurden“, betonte Aulepp. Es dürften aber tatsächlich auch nur noch solche Gründe ins Gewicht fallen, die sich durch den Stand der modernen Medizin oder durch das individuelle Verhalten ergäben. Aulepp: „Unsere Gesell-

schaft kann es sich schlicht nicht leisten, aufgrund von Vorurteilen auf gesunde Blutspenderinnen und Blutspender zu verzichten.“

Reparieren können statt kaufen müssen

Konsumgüter wie Elektrogeräte, Einrichtungsgegenstände oder auch Textilien sollen länger halten und besser – oder überhaupt – repariert werden können. Auf Initiative der SPD-Fraktion hat die Bürgerschaft einen entsprechenden Antrag der rot-grün-roten Koalition beschlossen, der den Senat auffordert, sich für entsprechende Gesetzesänderungen auf Bundes- und EU-Ebene einzusetzen. Ziel ist es, dass gesetzliche Regelungen geschaffen werden, die Mindeststandards an Haltbarkeit, Reparaturfähigkeit und Zugang zu Ersatzteilen festlegen. Ebenso sollen die Strukturen in Bremen und Bremerhaven gestärkt werden, die dazu dienen, Reparaturen oder die Weitergabe von Konsumgütern oder Werkzeugen zu erleichtern. „Das ist gut für die Umwelt, das ist sozial und sorgt für mehr Gerechtigkeit, und dafür lohnt es sich, auf allen Ebenen – lokal, national und auf europäischer Bühne – dicke Bretter zu bohren“, sagte die rechtspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Sascha Aulepp.



Aktuelle Parlamentsticker gibt es an jedem Bürgerschaftstag unter <https://bit.ly/parlamentsticker>

„Dieser Haushalt macht das Leben der Menschen besser – und das ganz konkret vor Ort“

Haushaltspolitiker Arno Gottschalk im Gespräch

Arno, die Haushaltsberatungen sind abgeschlossen. Wie würdest du das Ergebnis zusammenfassen?

Arno Gottschalk: Wir haben einen Haushalt mit klaren Schwerpunkten aufgestellt. Wir investieren weiterhin massiv in den Bereich Kinder und Bildung. Wir investieren in den sozialen Zusammenhalt, in wirtschaftlich starke Standorte Bremen und Bremerhaven und wir investieren in eine sozial gerechte und ökologisch effektive Klimaschutzpolitik. Dieser Haushalt ist tragfähig, nachhaltig und sozial – und er ist gut für Bremen und Bremerhaven.

Die SPD-Fraktion hat aber gemeinsam mit ihren Koalitionspartnern im Haushaltsentwurf des Senats noch Änderungen vorgenommen.

Das ist nichts Ungewöhnliches. Der Senat hat einen sehr guten Entwurf vorgelegt, der starke Akzente bei der Bildung setzt und wichtige Vorhaben für ein sozial gerechtes, innovatives und klimaverträgliches Land Bremen auf den Weg bringt. Aber es ist eine alte parlamentarische Weisheit: Kein Haushalt verlässt die Bürgerschaft so, wie er eingebracht wurde. So war es auch diesmal. Wir haben an einzelnen Stellen noch einmal nachgesteuert und die Mittel für wichtige Aufgabenfelder verstärkt, zum Beispiel für soziale Einrichtungen, den Sport, die Bekämpfung der Internet-Kriminalität, die Pflege des Stadtgrüns und anderes mehr. Uns war als SPD-Fraktion dabei der Blick in die Quartiere besonders wichtig. Und manchmal reichen dann schon vergleichsweise kleine Summen von einigen Zehntausend Euro, um eine spürbare Verbesserung zu erreichen. Im Ergebnis haben wir einen Haushalt vorgelegt, der das Leben der Menschen in Bremen und Bremerhaven besser machen wird – und das ganz konkret vor Ort.

Dieser Haushalt sollte der erste werden, der ohne neue Kredite auskommt.

Ja, so hatten wir ihn – basierend auf der Steuerschätzung – auch aufgestellt. Ab dem Jahr 2020 greift die Schuldenbremse in der Landesverfassung – und wir haben einen Doppelhaushalt geplant, der nicht nur klare politische Schwerpunkte setzt, sondern auch verfassungskonform ist – also ohne neue Schulden auskommt. Das war nicht einfach. Denn nach den langen Jahren des Sparens gibt es vieles, für das man gerne mehr Geld ausgeben würde. Einiges musste auch zurückstehen. Aber es ist uns gelungen, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen und wichtige Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in Angriff zu nehmen.

Dabei hat uns natürlich geholfen, dass Bremen ab diesem Jahr 400 Millionen Euro Sanierungshilfe vom Bund bekommt. Dies ausgehandelt zu haben, war ungemein wichtig. Denn es schafft zusätzliche finanzielle Spielräume.

Die Bürgerschaft hat nun allerdings beschlossen, dass eine Notsituation vorliegt, die die Aufnahme von neuen Krediten erlaubt. Was bedeutet das?

Das heißt, dass wir neue Kredite aufnehmen können, ohne gegen die Schuldenbremse in unserer Verfassung oder die Sanierungsvereinbarung mit dem Bund zu verstoßen. In Notsituationen ist dies ausdrücklich zulässig. Und eine solche Notsituation liegt zweifellos vor. Die Corona-Pandemie und ihre Folgen machen ein Rettungsprogramm in großem Umfang nötig, denn wir wollen und müssen die wirtschaftlichen und sozialen Folgen für Bremen und Bremerhaven abfedern. Zwei Dinge sind mir dabei besonders wichtig. Zum einen: Dieser Haushalt ist verfassungskonform – wir verstoßen nicht gegen

die Schuldenbremse. Und zum anderen haben wir keine Wahl. Denn alle Erfahrungen zeigen: Gegen tiefe wirtschaftliche Krisen hilft nur ein entschlossener und hoher Mitteleinsatz. Sonst wird es am Ende noch viel teurer.

Der finanzielle Einsatz ist in der Tat hoch: Bis zu 1,2 Milliarden Euro könnten in den Bremen-Fonds fließen. Wofür soll dieses Geld verwendet werden?

Dort sind die Hilfsprogramme eingestellt, mit denen wir schnell auf die Folgen der Pandemie reagiert haben, um die Menschen und Unternehmen in Bremen und Bremerhaven zu unterstützen. Sicherlich wird ein weiterer Teil des Bremen-Fonds dafür verwendet werden müssen, öffentlichen Unternehmen unter die Arme zu greifen, die von der Krise hart getroffen worden sind. Die BSAG ist dafür ebenso ein Beispiel wie die Gesundheit Nord und der Flughafen. Das ist auch richtig so. Denn hier geht es um öffentlichen Besitz, öffentliche Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge. Deswegen müssen wir alles daran setzen, diese Unternehmen zu stützen. In welchem Umfang dies erforderlich sein wird, ist derzeit aber noch gar nicht absehbar. Gleiches gilt für weitere Maßnahmen, die aus dem Bremen-Fonds finanziert werden sollen, und die über eine solche akute Hilfe hinausgehen.

Welche weiteren Maßnahmen sind mit dem Bremen-Fonds geplant?

Der Fonds soll auch mittel- und langfristige Maßnahmen zur Unterstützung des Neustarts der Gesellschaft nach der Krise leisten. Dafür gibt es einen klar umrissenen Rahmen. So müssen die Maßnahmen einerseits einen klaren Bezug zur Pandemie und ihren Auswirkungen haben – das ist auch deshalb notwendig, da die Kreditaufnahme mit einer Notsituation begründet ist und die Mittel auch in diesem Kontext verwendet werden müssen. Des Weiteren müssen wir Maßnahmen identifizieren, die besonders effizient und effektiv sind und die Standorte Bremen und Bremerhaven mittel- und langfristig stärken, insbesondere im Hinblick auf Wirtschaft und Arbeitsmarkt. Zudem sollen diese sich einpassen in die ökologischen und genderpolitischen Maßnahmen, die vor uns liegen. Und schließlich – und das ist ein wichtiger Punkt – dürfen die Maßnahmen nicht über andere Töpfe finanzierbar sein. Hier gilt unser Blick vor allem dem Konjunkturpaket des Bundes. Dieses enthält viele starke Vorlagen, von denen das Land Bremen profitieren kann, etwa im Bereich Elektromobilität, Wasserstoff oder Künstlicher Intelligenz. Wir müssen nun zunächst abwarten, wie dieses Programm konkret ausgestaltet wird und erst dann können wir entscheiden, wie wir die bremischen Mittel ergänzend einsetzen.

Also ist ein Teil des Haushalts jetzt noch gar nicht konkret verplant?

So ist es. Und das ist aus guten Gründen unüblich und ungewöhnlich. Aber die aktuelle Situation ist ungewöhnlich. Wir stehen noch vor vielen Ungewissheiten, und deshalb bedarf es eines hohen Grades an Flexibilität. Der Bremen-Fonds ist dafür ein richtiges Instrument. Und in den kommenden Monaten wird mit einem klaren Zeitplan, in einem klaren Rahmen und auf der Basis von fundierten Gutachten die weitere Umsetzung erfolgen.

Ungewöhnlich ist auch, dass im Juli nur der Haushalt für dieses Jahr von der Bürgerschaft verabschiedet worden ist und das Zahlenwerk für 2021 zwar geplant, aber noch nicht verabschiedet ist. Wie kam es dazu?

Auch das hängt mit der Corona-Pandemie zusammen. Denn diese hat auch gravierende Auswirkungen auf die Steuereinnahmen. Zum Beispiel bei der Gewerbesteuer fallen Bremen durch die wirtschaftlichen Einbrüche massiv Einnahmen weg. Der Bund hat sich bereit erklärt, Ländern und Kommunen finanziell unter die Arme zu greifen, damit diese die Ausfälle nicht allein schultern müssen. Aber man muss der Tatsache ins Auge sehen, dass Bremen weniger Geld einnehmen wird, als

es die ursprüngliche Planung und Steuerschätzung vorsahen. Das ist der Grund, warum wir den Beschluss über den Haushalt für das kommende Jahr in den Herbst verschoben haben. Wir können jetzt schlicht noch nicht seriös sagen, wie sich die Einnahmesituation in diesem Jahr entwickeln wird – nicht zuletzt wird dies auch vom weiteren Verlauf der Pandemie abhängen. Im September wird es eine aktualisierte Steuerschätzung geben. Auf dieser Basis wird man dann besser abschätzen können, wie die finanzielle Situation aussieht. Bis dahin warten wir mit dem Haushaltsbeschluss. Das ist ein seriöses und verantwortungsvolles Vorgehen.

Also wird im Herbst der Haushalt für das kommende Jahr noch einmal grundlegend überarbeitet? Nein. Wir werden an der Ausgabenseite nichts mehr verändern, denn die Auswirkungen der Corona-Pandemie dürfen nicht dazu führen, dass wir notwendige Ausgaben und Investitionen einsparen. Das wäre Gift für die Konjunktur. Zudem brauchen die Zuwendungsempfänger Planungssicherheit. Es kann deshalb nur um die Einnahmeseite gehen, darum, wie viele Steuereinnahmen tatsächlich wegbrechen. Dafür gilt es dann, Lösungen zu finden.



WEICHEN GESTELLT, SCHWERPUNKTE VERSTÄRKT

Gut 5,6 Milliarden Euro 2020, 4,8 Milliarden Euro 2021 – das sind die Summen, die der Haushalt vorsieht. Das Zahlenwerk für dieses Jahr hat die Bürgerschaft nun beschlossen – und auch der Bremen-Fonds, der mit einem Volumen von 1,2 Milliarden Euro die Folgen der Corona-Pandemie für Bremen und Bremerhaven auffangen soll, wurde auf den Weg gebracht.

„Wir messen den Haushalt daran, was bei den Menschen ankommt!“, sagt der Vorsitzende der SPD-Fraktion, Mustafa Güngör. „Der Senat hat mit kräftigen Investitionen in Bildung, Klimaschutz und sozialen Zusammenhalt die richtigen Schwerpunkte gesetzt. Aufbauend auf diesem guten Entwurf ist es uns mit unseren Koalitionspartnern gelungen, in entscheidenden Handlungsfeldern noch einmal wichtige Weichen für Bremen und Bremerhaven zu stellen. Unsere Investitionen fließen in Initiativen für sichere und saubere Städte, gute Bildung in den Quartieren und eine starke Wirtschaft.“

Wichtige Eckdaten des Haushalts und Schwerpunkte der SPD-Fraktion im Überblick:

Kinder und Bildung



Der Bereich Kinder und Bildung bleibt wichtigster Schwerpunkt. Das spiegelt sich auch im Haushalt wider. So erhält der Bereich Kinder und Bildung von allen Ressorts die meisten zusätzlichen Mittel: **365 Millionen Euro** gibt es in den kommenden beiden Jahren obendrauf. Die Koalitionsfraktionen haben darüber hinaus weitere Impulse gesetzt, die konkret in den Quartieren sichtbare Wirkung entfalten werden.

- **Zusätzliche Lehrer*innen:** Bereits im Eckwertebeschluss des Senats wurden **125 Millionen Euro** zusätzlich zur Finanzierung von schulischem Personal durch die steigenden Schülerzahlen und den Einstieg in eine bessere Bezahlung für Grundschullehrkräfte bereitgestellt. In den kommenden beiden Jahren werden aufgrund der Zuweisungsrichtlinie **200 zusätzliche Stellen für Lehrpersonal an Schulen geschaffen**. Mit **45 Stellen** wird die **Digitalisierung** der Einrichtungen unterstützt. Das zusätzliche Personal soll im Rahmen des Digitalpaktes etwa den Support an den Schulen sicherstellen und bei der Umsetzung des Medienentwicklungsplans helfen.
- Insgesamt **80 Millionen Euro** werden in den Eckwerten des Senats in diesem und dem kommenden Jahr für den **Bau von Kitas und Schulen** bereitgestellt. Um den erforderlichen Ausbau abzusichern, wurde zudem eine **Sonderrücklage** „Schul- und Kinderbetreuungsbereich“ in Höhe von **40 Millionen Euro** gebildet.
- Im Februar hat der Senat noch einmal deutlich aufgestockt: **Weitere zusätzliche 160 Millionen Euro** unter anderem für die **Kita-Beitragsfreiheit**, für Maßnahmen des **Digitalpaktes** an Schulen, für **Mobilbauten** an Schulen, für **zusätzliche Lehrkräfte**, für **zusätzliche Assistenzen** für Schülerinnen und Schüler und für den **Ausbau der Qualitätsentwicklung**.
- Alle **Index-Kitas erhalten Unterstützung durch einen Sozialpädagogen**. Denn Ungleiches muss ungleich behandelt werden. Und dafür werden in diesem Jahr **125.000 Euro** und im kommenden Jahr **500.000 Euro** bereitgestellt.
- Wir wollen die **Schulsozialarbeit stärken** und stellen dazu zusätzliche **170.000 Euro** in diesem und **500.000 Euro** im kommenden Jahr zur Verfügung.

- Wir stärken die **Quartierszentren und Quartiersbildungszentren**. Darüber hinaus sollen weitere Einrichtungen, zum Beispiel in **Blumenthal und Bremerhaven**, entstehen. Für die entsprechende Planung stellen wir in diesem und im kommenden Jahr jeweils **20.000 Euro** bereit.
- Die Schulen stehen vor der Aufgabe, dass viele Schüler*innen Lernrückstände aufholen müssen, die während der Corona-bedingten Schließung entstanden sind. Dafür sind **zusätzliche Lernmaterialien** erforderlich. Im Bremen-Fonds wird daher ein **Sachmitteltopf** aufgelegt (**1,2 Mio. Euro 2020, 500.000 Euro 2021**), damit **Grundschulen in Bremen und Bremerhaven** schnell und unbürokratisch zum Beispiel **Mathe-Labore** einrichten können.
- Wir stärken den **Kampf gegen Rechts**. Der Gedenkort **Bunker Valentin** erhält zusätzliches Personal (**1,5 Vollzeitäquivalente**), damit die Arbeit dort ausgebaut und die Kapazität für Besuche erhöht werden kann. Dafür erhält die Einrichtung **87.000 Euro** zusätzlich (2021). Im Bildungshaushalt werden zudem **28.000 Euro** zusätzlich für **Klassenfahrten zum Denkort** bereitgestellt. Mit Bundesmitteln soll zudem die **Aufklärung über Rechtsextremismus** verstärkt werden.
- Wir stellen **50.000 Euro** in diesem und **150.000 Euro** im kommenden Jahr für **Schulhilfskräfte** zur Verfügung.
- Wir sorgen dafür, dass **Gesundheitsfachkräfte an Grundschulen** die Präventionsarbeit verbessern.

Justiz



Wir erhalten die Justiz leistungsfähig! Im Haushaltsentwurf ist vorgesehen, dass die bisher befristete **Personalaufstockung am Landgericht** dauerhaft erhalten bleibt. Das **Verwaltungsgericht** wird um weitere zwei Jahre mit einer **zusätzlichen Kammer** entlastet. Für die **Sanierung der JVA** und ein **e-Justice-Projekt** sind erforderliche Investitionsmittel hinterlegt.

- Die **Beschäftigten im Vollzugsdienst** verdienen mehr! Die Koalitionsfraktionen haben deshalb beschlossen, dass das **Einstiegsgeld** für Beamte im Justizvollzug auf die **Besoldungsstufe A 8 angehoben** wird und stellen dafür im Haushalt **2020 48.000 Euro** und **160.000 Euro** im Haushalt **2021** bereit.

Inneres



Wir stehen für eine sichere und saubere Stadt. Deswegen stocken wir den **Ordnungsdienst** um **zehn weitere Stellen** auf, sodass zusammen mit der im Entwurf des Senats vorgesehenen Aufstockung um **20 Stellen** insgesamt eine **Verdopplung des Personals** erfolgt. Dafür stellen wir im kommenden Jahr **500.000 Euro** bereit – und dieses Geld soll konkret **in den Stadtteilen** ankommen. Denn es soll insbesondere die Abdeckung in Huchting, Obervieland, Osterholz, Blumenthal und der Neustadt verbessert werden, damit der Ordnungsdienst dort nicht nur präsent ist, wenn er gerufen wird, sondern auch proaktiv vorgehen kann. Weitere Beschlüsse:

- Wir gehen einen weiteren wichtigen Schritt hin zu einer **besseren personellen Ausstattung der Polizei**. In diesem Jahr werden **200 Polizeianwärter*innen** eingestellt. Zudem stehen zwei Millionen Euro im Jahr für Kräfte im Nichtvollzugsdienst zur Verfügung.
- Um **Kriminalität im Internet** wirksamer bekämpfen zu können, wird die entsprechende Abteilung bei der Polizei um **fünf Stellen** verstärkt. Dafür stellen wir im kommenden Jahr **375.000 Euro** bereit.
- **Wir investieren in die Feuerwehr.** Um den **Investitionstau bei der Bremer Feuerwehr abzubauen**, stellen die Koalitionsfraktionen in diesem Jahr eine Million Euro zur Verfügung. Besonders die **Freiwilligen Feuerwehren** sollen davon profitieren. Durch Nachsteuerungen des Senats wird das Budget für die Feuerwehr überdies um eine Million Euro aufgestockt. Hinzu kommen drei Millionen Euro für **neue Fahrzeuge**. Für die **Fahrzeughalle der Feuerwehr Blockland** und ein **Strukturkonzept** werden zudem in diesem Jahr **30.000 Euro** und im kommenden Jahr **100.000 Euro** zusätzlich ausgegeben.

Gesundheit, Verbraucherschutz & Frauen



Wir wollen eine gute Gesundheitsversorgung für alle Menschen in Bremen und Bremerhaven. Dafür stehen im Haushaltsentwurf rund **90 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen** zur Verfügung. Dafür stocken wir das **Personal im Gesundheitsamt** um gut **23 Stellen** auf. Dafür sichern wir die **Schuldverpflichtung in den Gesundheitsfachberufen** finanziell ab. Und dafür stärken wir die **Gesundheitsversorgung in den Quartieren** – ebenso wie den **Verbraucherschutz**.

- Über die im Haushaltsentwurf geplanten Mittel hinaus stellen wir **400.000 Euro** zur Verfügung, damit die Planung für ein **Hebammenzentrum im Bremer Osten** schnellstmöglich realisiert werden kann. Außerdem sollen **weitere Standorte in Blumenthal und Bremerhaven** geplant werden.
- Wir bringen **regionale Gesundheitszentren** auf den Weg.
- Der **Frauengesundheitstreff Tenever** und der **Gesundheitstreffpunkt West** erhalten jeweils eine personelle Aufstockung um eine halbe Stelle (**50.000 Euro**). Zudem erhalten sie **20.000 Euro** für Investitionen in die Modernisierung.
- Die **Verbraucherzentrale** erhält **2020 und 2021 jeweils rund 360.000 Euro** mehr. Damit sichern wir auch die **Verbraucherberatung in den Quartieren** ab.
- Der Verein **Notruf e.V. für vergewaltigte Frauen und Mädchen** soll in die Lage versetzt werden, seine Online-Beratung auszubauen. Die Fraktionen stellen dazu **21.000 Euro** in 2020 und **42.000 Euro** 2021 zur Verfügung, damit eine zusätzliche halbe Stelle finanziert werden kann.

Kultur & Bürgerbeteiligung



Der Kulturhaushalt wird um **rund 10 Millionen Euro** aufgestockt. Davon profitieren die **Kulturschaffenden**, auch der **freien Szene**. Davon profitieren die **Museen** und Einrichtungen wie das **Kulturbüro Bremen Nord** oder der **Schlachthof**. Und davon profitieren nicht zuletzt die **Bürgerhäuser**, deren wichtige Arbeit mit **191.000 Euro** zusätzlich im Jahr unterstützt wird.

- Über den Anschlag im Haushaltsentwurf des Senats hinaus erhöhen wir das **Stadtteilkulturbudget** 2020 und 2021 um jeweils **50.000 Euro**. Außerdem stellen wir **200.000 Euro** für eine **bessere Ausstattung von kleineren Kultureinrichtungen, Projekten und der Bürgerhäuser** bereit.
- Wir unterstützen den **Kunstverein Bremerhaven** in diesem Jahr mit **400.000 Euro**.
- Das **Junge Theater Bremerhaven** erhält mehr Mitarbeiter und dadurch die Möglichkeit, Kultur und Bildung noch besser miteinander zu verzahnen. Für **zwei Schauspieler und einen Theaterpädagogen** stellen die Fraktionen in diesem **33.750 Euro** und im kommenden Jahr **135.000 Euro** zusätzlich bereit.
- Um die **Beteiligungsmöglichkeiten** von Bürger*innen zu verbessern, soll eine ressortübergreifende **Koordinierungsstelle** geschaffen werden. Kosten dafür: **70.000 Euro 2020** und **140.000 Euro 2021**.
- **80.000 Euro** sollen für das **Spielschiff in Huchting** zur Verfügung gestellt werden.
- Für **Projekte gegen Islamophobie und Diskriminierung** wird ein Projekttopf aufgelegt, in den in diesem Jahr **30.000 Euro** und im kommenden Jahr **50.000 Euro** fließen.

Verkehr, Stadtentwicklung & Umwelt



Der **Klimaschutz** ist ein zentrales Thema im Haushalt 2020/2021. Für dieses Querschnittsthema wurde ein Handlungsfeld mit einem Volumen von insgesamt **30 Millionen Euro** aufgelegt. Zentraler Baustein ist dabei eine attraktivere Gestaltung des ÖPNV. Zudem stärken wir die Stadtentwicklung in den Quartieren und den sozialen Wohnungsbau.

- Das **StadtTicket** wird für Kinder und Jugendliche vollkommen kostenfrei sein, Erwachsene müssen zukünftig nur noch **25 Euro pro Monat zahlen**. Diese Umstrukturierung des Tarifs kommt unmittelbar Menschen zugute, die Sozialleistungen empfangen. Insbesondere benachteiligte Kinder und Jugendliche werden davon profitieren. Die Umsetzung soll zu Beginn des nächsten Jahres erfolgen.
- Die **Wohnraumförderung** wird im Rahmen eines neuen Bundesprogramms um zwei Millionen Euro weiter **ausgebaut**, um mehr **bezahlbaren Wohnraum** zu schaffen.
- Für die **Sanierung von Radwegen** wird das Budget auf 9,3 Millionen Euro in diesem und 11,6 Millionen Euro im kommenden Jahr angehoben. Das ist **viermal so viel** wie bislang.
- Für **Projekte der Städtebauförderung und Sozialer Stadt** gibt es 2,8 Millionen Euro mehr in diesem und 3,1 Millionen Euro mehr im kommenden Jahr.
- Das Projekt **„Klushuizen“ in Bremerhaven** wird fortgesetzt und erhält 200.000 Euro im Jahr.
- Wir wollen die **Verlängerung der Straßenbahnverbindung in Osterholz** angehen und in die konkrete Planung einsteigen. Dafür stellen wir in diesem Jahr 50.000 Euro und im kommenden Jahr 150.000 Euro zur Verfügung.
- Es werden **zusätzliche Stellen für Städtebauplaner*innen** geschaffen. Damit wird sichergestellt, dass die anstehenden Projekte umgesetzt und Mittel vom Bund abgerufen werden können. Der Etat wird um 380.000 Euro aufgestockt.

Sport



Wir wollen, dass alle Kinder sicher schwimmen lernen. Und wir wollen, dass es keine Frage des Geldbeutels ist, ob man sich den Eintritt ins Schwimmbad leisten kann, oder ob Kinder im Verein Sport treiben können. Deswegen haben wir im Bereich Sport eine Reihe von Beschlüssen gefasst:

- Wir senken den ermäßigten Eintritt in die Freibäder auf einen Euro ab. In das Vorhaben fließen 60.000 Euro.
- Das Projekt **„Kids in die Bäder“** erhält in diesem und im kommenden Jahr jeweils 20.000 Euro zusätzlich, damit alle Anträge schnell bearbeitet werden können und nicht nur ein Teil von ihnen.
- 80.000 Euro in diesem und 100.000 Euro im kommenden Jahr erhalten die Sportvereine zusätzlich für die **Benutzung von Bahnen in den Schwimmbädern** – damit sie die Nutzungszeiten auch vollständig ausschöpfen können.
- Familien, die wenig Geld haben, aber keine Leistungen aus dem Bundesteilhabepaket erhalten, können sich oft keine Vereinsmitgliedschaften leisten. Sie sollen unterstützt werden, indem das Programm **„Kids in die Clubs“** 2020 70.000 Euro und 2021 150.000 Euro erhält.
- Für den Bau des **Horner Bades** stehen zusätzliche Mittel in Höhe von 4,7 Millionen Euro zur Verfügung. Weitere 4,5 Millionen Euro sind für das **Westbad** vorgesehen.
- Wir stärken das ehrenamtliche Engagement in den Sportvereinen. Für eine **Erhöhung der Übungsleiter*innenpauschale** stellen wir daher im kommenden Jahr 300.000 Euro zusätzlich bereit.
- Zusätzliches Geld stellen wir im Bereich Sport zudem zur Verfügung für die Anschaffung des **mobilen Pools „Schwimm mit“** (20.000 Euro), Sachmittel für die Jugendmannschaften und die Sanierung des Vereinshauses der **Bremen Firebirds** (40.000 Euro), **Spiel- und Schwimmgeräte für das Grambker Seebad** (15.000 Euro), die **Sanierung des Südbads** (460.000 Euro) sowie die Attraktivierung der **Bäder Huchting, Vitalbad Vahr und Teneverbad** (300.000 Euro).

Wirtschaft, Häfen und Arbeit



Wir stellen Bremen und Bremerhaven als Wirtschaftsstandorte zukunfts fest auf. Der Haushaltsentwurf sieht die notwendigen Mittel vor, damit die wichtigen Projekte der **Gewerbeflächenentwicklung**, der Entwicklung unserer **Häfen**, der Förderung der **Zusammenarbeit von Wirtschaft und Wissenschaft** und der **überregionalen Verkehrsanbindung** fortgesetzt werden können. Außerdem investieren wir in Programme, die jenen gezielt helfen, die Schwierigkeiten haben, auf dem ersten Arbeitsmarkt einen Job zu finden.

- Wir investieren in die Häfen! Dafür sind 2020 rund 82,5 Millionen Euro und 2021 gut 111 Millionen Euro vorgesehen. Geplant sind zum Beispiel der Ersatz der **Columbuskaje**, der **Kaje 66** und der **Nordmole**.
- Wir investieren in die Zukunft der Wirtschaft! So sind unter anderem ein Maßnahmenpaket zur **Digitalisierung**, die Fortsetzung der **Existenzgründungsförderung** und ein **Förderprogramm Luft- und Raumfahrt** vorgesehen.

Soziales, Jugend & Integration



Wir verbessern die Angebote vor Ort und investieren in ein **besseres Zusammenleben in den Stadtteilen und Quartieren**. Dafür stehen in den kommenden beiden Jahren jeweils **fünf Millionen Euro zusätzlich** zur Verfügung. Gemeinsam mit den anderen Regierungsfraktionen haben wir zudem unter anderem Angebote für **Kinder und ältere Menschen** gezielt gestärkt. Die Beschlüsse sehen unter anderem vor:

- Die Mittel für das Programm **„Wohnen in Nachbarschaften“** werden um 500.000 Euro auf 2,25 Millionen Euro erhöht.
- Ein **Landesprogramm Lebendige Quartiere** soll in **Bremen und Bremerhaven** das Auseinanderdriften der Quartiere verhindern und helfen, Armut zu bekämpfen. Es soll dazu dienen, zentrale Einrichtungen in den Quartieren abzusichern und die soziale Infrastruktur in kleineren Quartieren weiterzuentwickeln.
- Die **Offene Jugendarbeit** wird mit **zusätzlich 1,7 Millionen Euro** verstärkt. Darüber hinaus sollen mehr **Offene Angebote für Kinder** unter 12 Jahren geschaffen werden. Dazu erhalten die Träger eine Aufstockung in ihrem Budget für **zusätzliche Honorarkräfte und Sachmittel** (2020: 20.000 Euro, 2021: 40.000 Euro).
- Die **Budgets für Spielhäuser** werden um jeweils **10.000 Euro** angehoben. Dafür stellen wir in diesem Jahr 20.000 Euro und im kommenden Jahr 110.000 Euro bereit.
- Der Lern- und Entwicklungsort **Digital Impact Lab in Gröpelingen** soll ausgebaut werden (200.000 Euro).
- Über die bereits im Haushaltsentwurf geplante Aufstockung der Mittel für ältere Menschen im Quartier hinaus haben wir erreicht, dass **Begegnungsstätten** mehr Geld erhalten sollen, um die interkulturelle Altenarbeit zu verbessern. Ein Programm soll zudem die politische **Teilhabe älterer Menschen** insbesondere in den Quartieren stärken, in denen der Anteil der einkommensärmeren Familien hoch ist. Dafür stehen 2020 und 2021 jeweils 100.000 Euro zur Verfügung.
- Der **Kinderschutzbund** erhält zur Attraktivierung des **Spielbereichs** und für den Ausbau 30.000 Euro.
- Die **Bremer Tafel** erhält 20.000 Euro für kleinere, aber notwendige Modernisierungsmaßnahmen.
- 50.000 Euro erhält das **Arbeits- und Lernzentrum**.

Wissenschaft



Wir stärken **Bremen und Bremerhaven als Wissenschaftsstandorte**. Der **Wissenschaftsetat** wurde daher bereits im Haushaltsentwurf um 29,3 Millionen Euro in diesem und 16,8 Millionen Euro im kommenden Jahr **aufgestockt** – und alle Hochschulen im Land profitieren davon. In den Haushaltsberatungen haben wir darüber hinaus eine weitere **Entlastung für Studierende** sowie eine weitere Aufstockung für die Hochschule Bremerhaven erreicht.

- Die **Universität Bremen** kann sich auf die nächste Antragsrunde der „Exzellenzstrategie 2026“ vorbereiten. Die weitere Planung und Umsetzung für das Hörsaal- und Veranstaltungszentrum wird vorangetrieben.
- An der **Hochschule Bremen** wird der Bereich Gesundheitswissenschaften schrittweise aufgebaut.
- Um den Wissenschaftsstandort Bremerhaven weiter zu stärken und mehr junge Menschen in die Seestadt zu ziehen, wird die **Hochschule Bremerhaven** ausgebaut. Dafür stellen die Koalitionsfraktionen über die Planung im Haushaltsentwurf hinaus 2021 **zusätzliche drei Millionen Euro** zur Verfügung.
- Die **Hochschule für Künste** kann die Profilschärfung und interdisziplinäre Verknüpfung ihrer Fachbereiche voranbringen.
- Wir schaffen nicht nur die **Langzeitstudiengebühren dauerhaft ab**, wir wollen auch die **Verwaltungskosten stufenweise abschaffen**. In einem ersten Schritt sollen sie von derzeit 62 Euro auf 50 Euro sinken. Dafür stellen wir 360.000 Euro bereit.

DIGITALER UNTERRICHT: ALLE SCHÜLER*INNEN UND LEHRKRÄFTE SOLLEN TABLETS ERHALTEN

Die SPD-Fraktion ist überzeugt: „Digitalisierung ist ein Kernthema im Bildungsbereich. Sie muss aber auch bei allen ankommen“, sagt Mustafa Güngör. Die Schulschließungen als Folge der Corona-Pandemie hätten aber einmal mehr deutlich gemacht, dass dies noch nicht gewährleistet sei, betont der Vorsitzende und bildungspolitische Sprecher der SPD-Fraktion.

Deswegen hat diese in einem Positionspapier mit dem Titel „Innovation und Gerechtigkeit – Digitalisierung in der Schule des 21. Jahrhunderts“ eine klare Forderung formuliert. „Digitale Endgeräte müssen Teil der Lehr- und Lernmittelfreiheit werden“, sagt Güngör. Das heißt konkret: Alle Schüler*innen und Lehrkräfte sollen mit einem solchen Gerät ausgestattet werden.

„Gerade Schüler*innen aus ökonomisch schwächeren Familien dürfen von der digitalen Entwicklung in unseren Schulen nicht ausgeschlossen werden“, erklärt Güngör. Doch dies sei aktuell der Fall. „In Familien, in denen es kein digitales Endgerät gibt, aber auch schon in Familien mit einem Gerät, aber mehreren Kindern kommt es zu Problemen. Und in der Folge wird der Zusammenhang von Herkunft und finanziellen Möglichkeiten und Bildungserfolg vergrößert. Das darf nicht sein! Deswegen müssen wir dafür sorgen, dass alle Kinder und Jugendlichen ein Endgerät erhalten.“



Mustafa Güngör

Erste Schritte hat der Senat in diese Richtung bereits unternommen. Aus Mitteln eines Corona-Maßnahmenpakets hatte er 10.000 Tablets bestellt, um

Kindern, deren Eltern sich keines leisten können, ein solches Gerät zur Verfügung zu stellen. Im Juli dann legte er mit Mitteln aus dem Bremen-Fonds nach und kündigte ein Digitalisierungspaket mit einem Volumen von 16,7 Millionen Euro für die Schulen an. Damit werden unter anderem 7.680 Lehrkräfte und Referendar*innen sowie insgesamt 30.000 Schüler*innen mit Tablets ausgestattet. Dabei sollen zunächst die Kinder und Jugendlichen mit großen sozialen Herausforderungen ein Gerät erhalten.

„Das ist ein wichtiger Meilenstein für die digitale Zukunft unserer Schulen“, sagt Güngör. Denn klar sei, dass der Unterricht sich verändere. „Bremen ist durch die Lernplattform ‚itslearning‘ im Vergleich zu anderen Bundesländern gut aufgestellt, was die Infrastruktur für digitales Lernen betrifft“, sagt der Sozialdemokrat. „Aber wir müssen hier weitere Schritte gehen. Wir müssen die Bildungspläne entsprechend der neuen Bedeutung digitaler Lernformate und Online-Lernangebote anpassen. Und die Lehrkräfte benötigen eine inhaltliche, didaktische, pädagogische und auch technische Beratung und Begleitung. Dabei geht es nicht darum, den Präsenzunterricht zu ersetzen. Dieser bleibt eine elementare Säule, denn nicht zuletzt ist Schule mehr als Unterricht – es geht auch um die sozial-emotionale Entwicklung. Digitale Lernformen sind aber eine sinnvolle und gute Ergänzung zum Präsenzunterricht. Das können sie aber nur dann sein, wenn alle Schüler*innen die gleichen Zugriffsmöglichkeiten haben.“



Das gesamte Positionspapier gibt es unter: bit.ly/digitalisierung_schulen



Die Corona-Pandemie hat gravierende Auswirkungen. Um die sozialen und wirtschaftlichen Folgen der Pandemie und des dadurch notwendig gewordenen Lockdowns aufzufangen, legt Bremen den Bremen-Fonds auf, der ein Volumen von 1,2 Milliarden Euro haben soll. Doch wie soll dieses Geld eingesetzt werden, damit es der Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven kurzfristig durch die Krise hilft, zugleich aber langfristig und nachhaltig Wirkung entfaltet? Dafür hat die SPD-Fraktion in einem Positionspapier konkrete Vorschläge gemacht.

„Die Folgen der Corona-Pandemie treffen den überwiegenden Teil der Branchen in Bremen und Bremerhaven“, sagt der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Volker Stahmann. „Damit die Wirtschaft weiterhin der Motor Bremens bleibt, ist es uns ein Kernanliegen, konzeptionelle Hilfestellung zu leisten und praktische Lösungen aufzuzeigen. Das schließt auch finanzielle Unterstützung im Rahmen der Möglichkeiten – und wo es Sinn macht – mit ein. Denn die zügige und nachhaltige Abmilderung der finanziellen Auswirkungen der Corona-Krise ist in unserem Interesse, um die lokalen Branchen nachhaltig zu stabilisieren. Deswegen haben wir in unserem Positionspapier konkrete Vorschläge erarbeitet, die wir zur Diskussion stellen wollen.“

In diesem Positionspapier hat die Fraktion daher zum einen Maßnahmen benannt, die kurzfristig Wirksamkeit entfalten und zum anderen Projekte, die langfristig wirken sollen. „In beiden Bereichen ist für uns aber klar: Kurzfristige und einmalige



Volker Stahmann

Kaufanreize halten wir für nicht wünschenswert, denn dadurch werden weder Betriebe nachhaltig stabilisiert noch wird die Zukunftsfähigkeit des Produktes und der Produktion gefördert“, erklärt Stahmann. „Wir wollen die begrenzten Bremer Mittel klug einsetzen, gezielt Unternehmen in Bremen und Bremerhaven fördern und strukturell in die Zukunft investieren. Und wir sehen sie als Ergänzung zum Konjunkturpaket des Bundes. Bremen kann es sich nicht leisten, dort doppelt zu fördern, wo der Bund seine Verantwortung wahrnimmt. Deswegen muss es darum gehen, Lücken zu füllen und sich gezielt auf den Standort zu konzentrieren.“

Dafür hat die SPD-Fraktion Fördergrundsätze benannt. So will sie etwa „Gute Arbeit“ zu einer Voraussetzung für die Förderung machen – Tariftreue- und Vergabegesetz sollen ebenso gelten wie der Mindestlohn. So will sie eine nachhaltige, ökologisch und sozial wertvolle Zukunftsperspektive fördern, denn Ziel des Bremen-Fonds müsse es auch sein, die durch die Krise wachsende soziale Ungleichheit zu verringern. Als weiteres Ziel ist in den Grundsätzen benannt, dass die Förderungen langfristig die Bremer Haushalte entlasten sollen, zum Beispiel durch die Ansiedlung von neuem Gewerbe. Die Leitlinien sollen die regionale Struktur – etwa die Stadtteile – berücksichtigen und sie sollen viele verschiedene Gewerke und Branchen einbeziehen.

„Ob Einzelhandel, Unterstützung in den Quartieren oder Ausbau der digitalen Infrastruktur – wir müssen alle Bereiche im Blick haben, wenn die kreditfinanzierten Hilfsmaßnahmen flächendeckend für wirtschaftliche Stabilität sorgen sollen“, sagt Stahmann. „Unser Papier setzt hier einen gezielten Impuls für die Zukunft, um die Wirtschaft in Bremen und Bremerhaven nach den tiefen Einschnitten wieder anzukurbeln. Dieses ambitionierte Ziel wollen wir gemeinsam mit allen Akteur*innen und Unternehmen erreichen. Damit uns das gelingt, geben wir unter Einbeziehung notwendiger Förderprogramme die Richtung vor, in die sich eine auf Nachhaltigkeit ausgerichtete Wirtschaft entwickeln soll, ohne dabei Aspekte der Sozialverträglichkeit zu vernachlässigen.“

Das gesamte Positionspapier gibt es unter: bit.ly/position_wirtschaft



Das gesamte Positionspapier gibt es unter: bit.ly/position_wirtschaft

SONNENBLUME E.V. UND „RATZE“ ERHALTEN NACHBARSCHAFTSPREIS



Cornelia Rönnefahrt, Gründerin des ersten Preisträgers Sonnenblume e.V. zeigt den SPD-Abgeordneten Petra Krümpfer und Holger Welt die Kleiderbörse.

Wir sind füreinander da! – das war in diesem Jahr das Motto des Nachbarschaftspreises der SPD-Fraktion. Mit dem Preis, der aus Privatmitteln der Abgeordneten gestiftet wird, werden jährlich Projekte ausgezeichnet, die sich auf vielfältige Weise für ihr soziales Umfeld engagieren und damit einen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt vor Ort leisten. Dotiert ist er mit 1.000 für den ersten und 500 Euro für den zweiten Preisträger. „Wir sind begeistert über die Vielzahl an tollen Projekten, die unser Bundesland noch lebenswerter machen und gerade in Krisen-Zeiten für viele Menschen ein Anker sind“, sagt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende, Petra Krümpfer, über die Bewerberinnen und Bewerber in diesem Jahr.

Den ersten Preis verliehen die SPD-Abgeordneten dem Verein Sonnenblume aus Bremerhaven-Leherheide. Täglich besuchen den Verein 25 bis 40 Kinder im Alter zwischen 6 und 14 Jahren. Neben Hausaufgabenhilfen und Nachhilfe bietet die Sonnenblume verschiedene Projekte wie kreatives Gestalten, Leseabende, Sport, Spielen und Ausflüge an. In den Sommerferien haben die Kinder die Möglichkeit, sieben Tage in ein Schullandheim oder in eine Jugendherberge zu fahren. Täglich erwartet sie ein frisch zubereitetes Mittagessen, Obst und Gemüse sowie nachmittags Kakao und Kuchen. Mitfinanziert wird der Verein über eine Kleiderbörse für alle Altersgruppen. Gründerin Cornelia Rönnefahrt berichtete



Nicole Siemers nimmt den zweiten Preis für das Kinder- und Jugendhaus „Ratze“ von den SPD-Abgeordneten Petra Krümpfer und Falk Wagner entgegen.

während der Preisübergabe auch schon, wofür das Preisgeld verwendet werden soll: „Wir werden es für einen tollen Ferientag im Vogelpark Walsrode mit zwanzig Kindern und Betreuern verwenden. Natürlich gibt es auch ein Mittagessen und ein Eis.“

Den zweiten Preis erhielt das Kinder- und Jugendhaus „Ratze“ aus Walle für seine Idee, nach der Corona-Pandemie ein Hoffest zu veranstalten. Die Ratze ist eine Einrichtung mit einem Hort und einem offenen Jugendangebot für Kinder und Jugendliche im Alter zwischen 1,5 und 25 Jahren. Bewegung, Sprache, Natur- und Erlebnispädagogik, Fußball spielen und gemeinsame Ausflüge stehen ebenso auf dem Programm wie Beratungs- und Unterstützungsangebote. Neben einem warmen Mittagessen gibt es täglich frisches Obst und Gemüse. Das Hoffest soll ein Ort der Begegnung nach langer Distanz werden, eine Form der Zukunftswerkstatt, in der Bedenken, Wünsche und Anregungen geäußert werden können.

Das Fazit von Schirmherrin Petra Krümpfer: „Beide Preisträger setzen sich in ihren Quartieren in Bremerhaven-Leherheide und Bremen-Walle für die Zukunft von Kindern und Jugendlichen ein und bieten einen Schutzraum der Geborgenheit, in dem die Kinder Spaß haben können, aber auch Probleme gelöst und wichtige Hilfestellungen im Alltag ermöglicht werden. Dafür haben sie unsere vollste Anerkennung verdient.“